



Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung  
Postfach 70 61 | 24170 Kiel

An den  
Vorsitzenden des Sozialausschusses  
Herrn Peter Eichstädt, MdL  
- Landeshaus -  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Kiel, 23. Oktober 2013

**Gesetz zur Änderung des Psychisch-Kranken-Gesetzes und des Maßregelvollzugsgesetzes  
Regelungen zur Zwangsbehandlung in der Psychiatrie**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

das Bundesverfassungsgericht hat in grundlegenden Beschlüssen der Zwangsbehandlung psychisch kranker Menschen im Rahmen der Unterbringung nach dem Psychisch-Kranken-Gesetz und des Maßregelvollzugsgesetzes enge Grenzen gesetzt. Damit sind die Bundesländer gefordert, ihre Landesgesetze entsprechend anzupassen.

Bei der Zwangsbehandlung in der Psychiatrie handelt es sich um ein hoch sensibles Thema mit zum Teil ganz kontroversen Positionen. Deshalb hatte die Landesregierung das Bestreben, eine umfassende Beteiligung vieler Gruppierungen, aber auch der betroffenen Menschen und deren Angehörigen zu ermöglichen.

Insgesamt wurden 33 Verbände, Organisationen, Institutionen und Personen angeschrieben und um Stellungnahmen gebeten. Von dieser Möglichkeit haben 27 Gebrauch gemacht.

Möglicherweise bedingt durch die komplexe Thematik erreichten die Landesregierung viele Stellungnahmen erst knapp vor der gestellten Abgabefrist, etliche auch erst nach deren Ablauf. Weitere Beteiligte baten darüber hinaus noch um weitere Fristverlängerungen.

Um möglichst viele der angeschriebenen Beteiligten zu Wort kommen zu lassen, wurden auch noch Stellungnahmen nach Abgabeschluss akzeptiert.

Alle Stellungnahmen wurden im Hinblick auf dieses neue Rechtsgebiet einer sorgfältigen Prüfung unterzogen, um einerseits den rechtlichen Gegebenheiten und andererseits einer machbaren Praxis zu genügen.

Im Hinblick auf die Komplexität des Themas und dem sich hieraus ergebenden Gebot der sorgfältigen Behandlung kann die erste Lesung des Gesetzentwurfes nicht, wie vorgesehen, in der Novembertagung stattfinden, sondern muss auf die Dezembertagung verschoben werden.

Mit freundlichen Grüßen



Kristin Alheit

Ministerin